A. Einsetzung, Arbeitsauftrag, Verfahren und Beratungsverlauf

I. Entstehung der Kommission

1. Ausgangslage nach dem Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ der 12. Wahlperiode

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat in ihrem Schlußbericht vom 31. Mai 1994 zum Prozeß der Aufarbeitung der SED-Diktatur unter anderem festgestellt: „Es steht außer Zweifel, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Herrschaft noch immer in den Anfängen stecken, die begonnene Arbeit also angemessen weitergeführt werden sollte. Außerdem ist zu beachten, daß es bereits Ansätze zur Verdrängung historischer Erfahrungen bis hin zur Legendenbildung gibt. Solchen Tendenzen in der öffentlichen Meinung kann nur durch die weitere intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begegnet werden [...] Eine Aufarbeitung, die die Realitäten aufdeckt, die Verantwortlichkeiten benennt und so den Erfahrungen der Menschen gerecht wird, ist entscheidend für eine demokratische politische Kultur in Deutschland. Wenn die Politik den Rang dieser Aufgabe zur Geltung bringen will, sollte sie sich aus dieser Erinnerungsarbeit nicht zurückziehen“ (Bundestagsdrucksache 12/7820, S. 280; auch in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 18 Bände, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995 – im folgenden zitiert: Materialien –, Band I, S. 740 f.).

Die Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode hat damit unmißverständlich die Fortführung des Aufarbeitungsprozesses als eine Aufgabe auch der Politik angesehen und damit eine weitere Befassung des Parlaments als des obersten, unmittelbar demokratisch legitimierten Verfassungs- und politischen Führungsorgans mit dieser Thematik nahegelegt.

2. Anträge und Ausschußberatungen

2.1 An diese Bewertung haben die Fraktionen in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit zwei hinsichtlich des Arbeitsauftrages verschiedenen, in wesentlichen Zielsetzungen jedoch gleichgerichteten und zum großen Teil sogar textidentischen Anträgen vom 31. Mai 1995 angeknüpft.

Die Fraktionen von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. haben die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ beantragt (Bundestagsdrucksache 13/1535). Sie soll sich gemäß dem Antrag aus –von den Fraktionen nach

ihrem Stärkeverhältnis zu benennenden (CDU/CSU: je 5; SPD: je 4; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: je 1; F.D.P.: je 1) – elf Mitgliedern des Bundestages und elf nicht dem Bundestag angehörenden Sachverständigen zusammensetzen. Die Gruppe der PDS soll durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied des Bundestages und einen nicht stimmberechtigten Sachverständigen mitwirken. Für jedes Mitglied des Bundestages soll ein Stellvertreter benannt werden können.

Die Fraktion der SPD hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Prozeß der deutschen Einheit“ beantragt (Bundestagsdrucksache 13/1537).

2.2 Der Deutsche Bundestag hat beide Anträge in seiner 41. Sitzung am 1. Juni 1995 an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

2.3 In den Beratungen dieses Ausschusses hat die Fraktion der SPD mitgeteilt, daß sie ihren Antrag auf Drucksache 13/1537 als erledigt ansehe. Sie befürworte nachdrücklich die Einsetzung einer Enquete-Kommission, habe aber von denen des Antrages auf Drucksache 13/1535 abweichende Vorstellungen zum Arbeitsauftrag. Zwei Enquete-Kommissionen zum gleichen Themenbereich seien jedoch zu vermeiden. Der Ausschuß hat deshalb zu dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/1537 keinen Beschluß gefaßt.

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat in seiner Sitzung am 22. Juni 1995 mit Mehrheit beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages der Fraktionen von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. auf Drucksache 13/1535 zu empfehlen (Bundestagsdrucksache 13/1762).

2.4 Die Gruppe der PDS hat am 1. Juni 1995 (Bundestagsdrucksache 13/1615) abweichend von den Fraktionen beantragt, statt einer erneuten Enquete-Kommission eine Experten-Kommission zu berufen, die als unabhängig konstituiertes Gremium Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ost und West sowie verschiedener Disziplinen und Institutionen vereinen soll. Eine Enquete-Kommission könne zwar partiell zu richtigen Einsichten gelangen, sei aber aufgrund ihrer parteipolitischen Bestimmtheit ungeeignet, den notwendigen Beitrag zur vorurteilslosen Aufarbeitung der Geschichte zu leisten.

3. Einsetzung der Enquete-Kommission

3.1 Der Deutsche Bundestag hat in seiner 44. Sitzung am 22. Juni 1995 über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung auf Drucksache 13/1762 und den Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/1615 beraten.